

Von milden Gaben bis zur Befreiungshilfe

Die Politik deutscher Hilfswerke in Südostasien

Die deutschen Hilfswerke sind ein buntes Gemisch von Organisationen, d.h. Fonds, Stiftungen und Vereinigungen, mit äußerst vielfältigen Zielsetzungen und Arbeitsmethoden. Dazu gehören die entsprechenden Organisationen der katholischen und protestantischen Kirche, wie "Brot für die Welt", Evangelische Zentralstelle für Entwicklungshilfe e.V., Misereor und die Stiftungen der politischen Parteien, zu denen vor wenigen Jahren auch die den GRÜNEN nahestehenden Stiftungen hinzugetreten sind. Weiterhin nicht kirchlich oder politisch gebundene Hilfswerke wie Medico International, Terre des Hommes oder die Deutsche Welthungerhilfe und viele andere, meist kleinere, entwicklungspolitische Aktionsgruppen, soziale und karitative Vereinigungen.

Eine vollständige Liste der Organisationen aufzustellen, die sich in Südostasien engagieren, ist fast unmöglich, weil die Grenzziehung schwerfällt. Sollte der Förderkreis einer kleinen Kirchengemeinde in Westfalen für ein Waisenhaus hinzugerechnet werden, das ein deutscher Pater für seine Missionsarbeit in Osttimor aufgebaut hat? Gehören auch Organisationen der Kirchen dazu, die Gotteshäuser bauen? Stellt die deutsche Kampagne zur Verhinderung des Exports von Giftmüll nach Indonesien, die damit indonesische Nicht-Regierungs-Organisationen (NROs) zu diesem Thema unterstützt, auch eine solche Initiative dar? Wie ist die Flüchtlingshilfe an der thai-kambodschanischen Grenze einzuordnen, wo z.B. deutsche Organisationen medizinische Versorgung betrieben haben? Gehören die Freiwilligen-Dienste dazu? Und schließlich fragt man sich, ob die Hilfswerke aus den USA, wie World Vision oder Christian Children Fund, auch als deutsche Organisationen einzureihen sind, nachdem sie in der BRD eigene Strukturen aufgezogen und einen beachtlichen Anteil am deutschen Spendenmarkt erobert haben.

Typisierung der Hilfswerke

Wir beziehen uns primär auf Hilfswerke, die materielle Leistungen in Form von Projekten aus dem "Überschuß" der reichen Bundesrepublik zugunsten der vermeintlichen oder tatsächlichen Verbesserung der Lebensbedingungen

und/oder sozialer und politischer Rechte in den armen Süden bringen. Einige, darunter die politischen Stiftungen, finanzieren ihre Arbeit aus Steuergeldern. Die Hilfswerke der Kirchen finanzieren sich sowohl aus globalen staatlichen Geldern als auch aus Spenden aus den eigenen Reihen. Die größten unter ihnen arbeiten mit Gesamtbudgets von mehr als 100 Millionen DM pro Jahr. Manche kleineren Organisationen finanzieren sich größtenteils aus privaten Einzel- oder Dauerspenden. Sie können auch Gelder beim Staat bzw. der EG beantragen. Das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vergibt Gelder nur projektbezogen und selten über 75 Prozent der jeweiligen Projektkosten. Die Bundesregierung ist in der Unterstützung privater deutscher Hilfswerke – im Vergleich zu Regierungen mancher anderer Industrieländer – wenig freigebig. Der Anteil der Spendenfinanzierung ist in Deutschland also höher als in Nachbarländern, etwa in Holland. Wenn man das politische Engagement zur Richtschnur nimmt, so kann man die Projekte, häufig sogar ganze Hilfswerke, auf einer Skala zwischen "Geschenken" und "Hilfe beim Widerstand" im Zielgebiet aufreihen:

Karitative Hilfe

Meist handelt es sich um den Bau von Infrastruktur, etwa darum, eine Schule, ein Krankenhaus oder einen Brunnen hinzustellen oder irgendeinen Sozial- und Gesundheitsdienst zu erbringen, d.h. im besten Fall um wohlmeinende Geschenke, die die Bevölkerung im Zielgebiet als reinen Hilfeempfänger wahrnimmt. Hier ist der Vorwurf des Palliativs am meisten angebracht. Diese Projekte werden entweder direkt von deutschen Fachleuten durchgeführt oder von einer abhängigen lokalen NRO, einem Missionswerk oder einer staatlichen Stelle des Ziellandes vermittelt. Es wird nie in Frage gestellt, ob solche Projekte wohl diejenigen Kräfte stärken, die gerade für das Elend der Bevölkerung verantwortlich sind. Die jeweiligen Regierungen werden entlastet, weil ein Teil des Budgets für Soziales vom Ausland übernommen wird. In der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland wird die Situation im Empfängerland meist herab-

lassend und negativ darstellt. Man zeigt die aufgedunsenen Bäuche der Kinder, nicht aber die anderweitige Initiative und die Aufbauarbeit, die von der Bevölkerung in dem jeweiligen Land ausgeht. Von den Spendern erwartet man wenig mehr als deren Geld.

Katastrophenhilfe

Dieser Typus von Hilfe, der schnell und wirkungsvoll erfolgen muß, erfordert gute Logistik und Management, Risikobereitschaft und Kompetenz in bestimmten Sachbereichen (wie etwa Medizin, Technologie etc.). Da die Einsätze bei Katastrophen und kriegerischen Auseinandersetzungen überall auf der Welt stattfinden können, fehlen Organisationen dieses Typs Kenntnisse über das Zielland. Der Stab, meist aus Deutschland, lernt die Situation erst vor Ort kennen und bedient sich Einheimischer nur als Hilfskräfte, als Übersetzer, Fahrer und so fort. Hilfswerke, die sich auf diese Art von Beistand spezialisiert haben, betrachten politisches Engagement als Hindernis. Sie werden stets von den Medien beobachtet, die die deutsche Spendenbereitschaft mobilisieren. Diese "Hilfe", die sich gar nicht erst entwicklungspolitisch aus gibt, ist in der Regel kurzfristig und zeigt viele Ähnlichkeiten mit der karitativen Hilfe. Ausnahmen gab es in den Flüchtlingslagern an der thailändischen Grenze zu Laos und zu

– Anzeige –

Die Rote Hilfe 4/93

Themen: Schwerpunkt: **4 Monate nach dem Mord an Wolfgang Grams**; Verfolgung von AntifaschistInnen; Politische Gefangene; **§ 129a-Ermittlungen gegen Rote Hilfe**; Abschottung gegen Flüchtlinge in Europa und mehr...

Die Rote Hilfe-Zeitung gibt es für 2,50 DM in vielen Buch- und Infoläden und bei Rote Hilfe-Ortsgruppen oder für 4,- DM in Briefmarken bei u.a. Adresse. Das Abo kostet 15,- DM für 4 Ausgaben.

Rote Hilfe
Literaturvertrieb
Postfach 6444
24125 Kiel
Fax: 0431/ 7 51 41



Kambodscha, wo sich Hilfswerke teils über ein Jahrzehnt engagiert hatten und schließlich auch eine stärker entwicklungspolitische Orientierung in den Vordergrund trat.

Technologie

Transferprojekte dieses Typs zielen schon eher auf "Entwicklung", erhoffen sich diese aber primär durch technische Hilfe im weitesten Sinne. Bei Hilfswerken, die Projekte dieses Typs durchführen, schwankt das Verhältnis zum Staat im entsprechenden Land von offener Zusammenarbeit bis zu diplomatischer Zurückhaltung. Die weißen Experten sind vorübergehend oder dauernd vor Ort. In der Öffentlichkeitsarbeit in Deutschland projizieren sie ein Bild, das den Erfolg der Maßnahme oder Intervention unangemessen vereinfacht und dadurch häufig Mißverständnisse hervorruft, so als seien Armut und Hunger nur darin begründet, daß die Einheimischen nicht genug Ausbildung hätten und ihnen die entsprechenden Hilfsmittel, Maschinen und dergleichen, fehlten.

Strukturelle Veränderung

Projekte dieses Typs werden immer von fortschrittlichen NROs oder Volksorganisationen im Empfängerland selbst konzipiert und an die Hilfswerke herangetragen. Sie schließen kritische Bewußtseinsbildung, politische Bildung und Organisationsarbeit ein. Die Organisationen gehen davon aus, daß Hunger und Armut, Unwissenheit und mangelhafte Infrastruktur vor allem durch soziale Strukturen ausgelöst sind und erhalten bleiben, die nicht nur in dem jeweiligen Land, sondern auch in den industrialisierten Ländern begründet sind. Die Öffentlichkeitsarbeit der Hilfswerke in Deutschland, die schon Projekte fördern, ist davon geprägt, die politische und soziale Struktur aufzuzeigen, den Kampf um soziale Gerechtigkeit der Betroffenen darzustellen und die ursächlichen Zusammenhänge der Ungerechtigkeit auch bis in die BRD nachzuweisen. Diese Projekte erwarten von den Spendern nicht nur das Geld, sondern – häufig noch wichtiger – die solidarische Unterstützung.

Zwischen diesen vier Typen gibt es zahlreiche Schattierungen und Unterschiede. In vielen großen Organisationen kann man auch verschiedene Projekttypen finden, teilweise sogar innerhalb eines Landes. Eine Reihe von Hilfswerken beschränken sich auf bestimmte Zielgruppen (wie Frauen oder Kinder) oder bestimmte Fachbereiche (Gesundheit). Trotz unterschiedlicher Ansätze der verschiedenen Hilfswerke sind Konflikte unter ihnen selten und werden nur in Ausnahmefällen in der Öffentlichkeit ausgetragen.



Katastrophenhilfe: Die "Cap Anamur" – Ein Schiff für Vietnam zur Rettung der Bootflüchtlinge
aus: R. Neudeck (Hrsg.), *Wie helfen wir Asien?* Hamburg 1980, S. 69

Projektarbeit in Südostasien

Die unterschiedlichen Zielsetzungen der privaten deutschen Hilfswerke lassen keine verallgemeinernde Antwort über die Art der "deutschen" Projekte zu. Es sind auch wenig inhaltliche Unterschiede zu entsprechenden Hilfswerken aus Holland oder Großbritannien zu beobachten, um nur die wichtigsten Herkunftsländer der Hilfe für Südostasien zu nennen.

Da die Länder Südasiens nach dem Zweiten Weltkrieg völlig divergierende Entwicklungen genommen haben, gibt es heute unterschiedliche Problemfelder und entsprechend differierende Projektperspektiven. In Indochina steht nach wie vor die Armutsbekämpfung im Vordergrund, während in wichtigen anderen Ländern des Raums die ausländischen Hilfswerke vor allem Projekte unterstützen, die sich mit den Opfern des kapitalistischen Entwicklungsweges beschäftigen, mit den Frauen und Kindern, die in Fabriken oder im Prostitutionstourismus ausgebeutet werden, mit den unterbezahlten Arbeitern im Prozeß der Industrialisierung, mit den Bauern, die durch Wucher, durch Raubbau der Wälder und der Böden verarmten und entwurzelt wurden.

Partnerstrukturen

Die Projektansätze deutscher Hilfsorganisationen werden von den sogenannten "Projektträger-Strukturen" in den Ländern Südasiens bestimmt. Die Projektträger, die als Partnerorganisationen in Frage kommen, bestimmen auch – neben den eigenen Prioritäten der Hilfswerke – die Problemfelder, d.h. die Themen der Projekte.

Philippinen: Das Land der NROs

In keinem anderen südostasiatischen Land als den Philippinen gibt es mehr private einheimische entwicklungsorientierte NROs und sogenannte "People's Organisations" (PO), d.h. Gewerkschaften, Bauernverbände und andere Interessenvertretungen und Selbsthilfeorganisationen der Betroffenen, die als Partner in Frage kommen.

Die hohe Politisierung der philippinischen NROs, deren Mehrzahl in der Marcos-Ära zur politischen Opposition gehörte und auf die der Untergrund zunehmend einzuwirken versuchte, prägte die Projektunterstützung durch deutsche Hilfswerke. Teile der philippinischen Kirchen "von unten" verstärkten diese Tendenz. Das politische Interesse am Widerstand der Bevölkerung auf den Philippinen, das sich am Ende des Marcos-Regimes in einer ansehnlichen Zahl von Solidaritätsgruppen in Deutschland widerspiegelte, hat die Unterstützung dafür durch private Hilfsorganisationen – natürlich nicht bei allen Hilfswerken für radikale Lösungen – verstärkt. Der "NRO-Ansatz" wurde nach dem Sturz der Marcos-Diktatur auch von den vorsichtigen und konservativen unter den deutschen Hilfswerken aufgenommen.

Die Rolle der ausländischen Hilfswerke bei der Stärkung kritischer, wenn auch legaler Träger der "Volksbewegung" wurde schließlich der Regierung unter Cory Aquino ein solcher Dorn im Auge, daß sie mit direkten Angriffen im philippinischen Fernsehen gegen die ausländischen Unterstützer "des Untergrundes" zu Felde zog und sie namentlich brandmarkte. Darunter befanden sich

auch mehrere deutsche Hilfswerke. Wenn in jüngerer Zeit die Bereitschaft, politische Unterstützung für die Linke zu leisten, zurückgegangen ist, so ist das weniger dem ohnehin relativ wirkungslosen Propaganda-Feldzug der philippinischen Regierung zuzuschreiben, sondern eher der "Wende" in Europa und der sich damit ständig verstärkenden Überzeugung, daß die soziale Umgestaltung, wie sie im real existierenden Sozialismus zu beobachten war, als Zukunftsperspektive enttäuscht hat.

"Botschafter" für Kambodscha

Kambodscha dagegen hat keine Tradition politisierter developmentspolitischer NROs. Einheimische private Gruppen, die als Partner für ausländische Hilfswerke in Frage kämen, gibt es in geringer Zahl erst seit 1991, als die sich heute Cambodia People's Party nennende Partei ihr Machtmonopol aufgab.

In den Jahren davor, d.h. seit der Einrichtung einer pro-vietnamesischen Regierung in Phnom Penh (1979), konnten ausländische Hilfswerke gar nichts anderes anfangen, als mit staatlichen Stellen zusammenzuarbeiten. Es gab weder andere Partner, noch wären sie zugelassen worden. Diese Situation prägt übrigens bis heute die Lage in Laos und Vietnam.

Als die meisten Staaten der Welt das Regime in Phnom Penh nicht anerkennen wollten, kam der Handvoll westlicher Hilfsorganisationen, die sich in Phnom Penh niedergelassen hatten, eine doppelte Funktion zu: Sie unterstützten nicht nur Entwicklungsprojekte mit Geld und fachlichem Rat, sondern sie kämpften auch für die Anerkennung des Regimes auf internationaler Ebene, d.h. in der UNO und bei den Regierungen ihrer Heimatländer. Mitunter verlieh ihnen die Regierung in Phnom Penh eine ähnliche Anerkennung wie diplomatischen Vertretungen.

Meines Wissens unterhielten deutsche Organisationen in jener Zeit der politischen Isolation in Phnom Penh zwar keine Büros. Sehr wohl lieferten sie aber materielle Unterstützung nach Kambodscha. Ihre Partner waren damals (und sind es immer noch) vor Ort tätige Vertreter ebenfalls ausländischer Hilfswerke, die ihrerseits mit dem Staat zusammenarbeiten. Andere Hilfswerke, die weder ein Büro in Phnom Penh aufmachen noch andere ausländische Organisationen vor Ort finanzieren wollten, mußten ihre Kambodscha-Hilfe auf den Einkauf von Material beschränken, das eine Regierungsbehörde beantragte hatte, mit der es nur schwerlich eine partnerschaftliche Beziehung geben konnte.

Die Lage hat sich seit 1991, mit dem Ende des Machtmonopols der damaligen



Karitative Hilfe: Medizinische Versorgung für Slumbewohner im Süden der Philippinen

aus: Misereor Aktuell 5/85, S. 5

Regierungspartei, mit der Rückführung von Flüchtlingen aus den Lagern an der thai-kambodschanischen Grenze und mit der schließlichen Anerkennung der unter UNO-Überwachung gewählten Regierung (1993) grundsätzlich gewandelt. Jetzt gesellten sich zu den "alten" eine Vielzahl neuer privater Hilfswerke hinzu, kamen UN-Behörden, Botschaften und Missionen ins Land. Auch der Beitrag der deutschen Hilfswerke nimmt zu. Sie unterstützen weiter die alten Partner, die vor Ort selbst eigene Programme durchführen, und sie fördern die bislang noch beschränkte Zahl einheimischer menschenrechts- und entwicklungsorientierter NROs finanziell.

Politische Abstinenz in Indonesien

In Indonesien ist dagegen politisches Engagement nicht gefragt. Der Repressionsapparat der Suharto-Diktatur läßt Widerspruch von einheimischen Gruppen nicht zu und weist ausländische Hilfsorganisationen vor die Tür, die Kritik an Menschenrechtsverletzungen anmelden. Als die holländische Regierung vor wenigen Jahren ihre Entwicklungshilfe an die Achtung von Menschenrechten zu koppeln drohte, kündigte die indonesische Regierung die gesamte staatliche holländische Finanzhilfe auf. Holländische Hilfswerke, die aus staatlichen Töpfen finanziert sind, mußten ihre indonesischen Partner im Stich lassen. Für die Finanzlücke sprangen dann teilweise Hilfswerke aus anderen Ländern ein, u.a. aus Deutschland.

Das mehrheitlich muslimische Indonesien ist in einigen Landesteilen altes Missionsgebiet der Deutschen. Das führte zu vielen Querverbindungen der indonesischen Kirche zu deutschen kirchlichen Hilfswerken, die beträchtliche Summen

für die Sozialprogramme indonesischer Partnerkirchen bereitstellen. Wegen ihres konservativen Charakters, den internen Querelen und der Vetternwirtschaft ihrer indonesischen Partner waren die kirchlichen Hilfswerke aus Deutschland nicht immer sehr glücklich mit dem Verlauf "ihrer" Projekte in Indonesien.

Neben der besonderen "Verpflichtung" der deutschen Kirchen für indonesische Partnerorganisationen sind die Stiftungen der großen deutschen Parteien in Indonesien aktiv. Darüber hinaus ist das Engagement anderer deutscher Hilfswerke in Indonesien begrenzt. Für die meisten Deutschen bleibt Indonesien ein weißer Fleck auf der Landkarte Südostasiens, denn von den deutschen Medien wird die entstehende neue soziale Bewegung kaum wahrgenommen. Wegen ihrer Staatsnähe haben auch die deutschen politischen Stiftungen keinen wesentlichen Beitrag zu deren Stärkung geleistet. Die Holländer als ehemalige Kolonialherren haben bei der Unterstützung von einheimischen, auch kritischen, Initiativen – trotz aller Friktionen mit der Regierung – nach wie vor eine Vormachtstellung.

Fallbeispiel Thailand

Erst als sich die thailändische Gesellschaft ab 1980 aus dem Griff der Militärdiktatur lösen konnte und einheimische Initiativen entstanden, interessierten sich zunehmend auch ausländische Hilfsorganisationen für Thailand. Die Deutschen waren schon sehr früh beteiligt. Thailändische NROs mußten sich in den 80er Jahren mit einem ähnlichen Problem auseinandersetzen, wie es in Indonesien nach wie vor besteht: Politische Abstinenz war angesagt, zumal der Einfluß des militärischen und zivilen Sicherheitsapparates nur langsam in den Hintergrund trat und Thailand als

"Frontstaat" zu Indochina ständig anti-kommunistischer Psychose ausgesetzt war.

Die ersten kritischen thailändischen NROs, die in den späten 70er Jahren ihre Tätigkeit aufnahmen, konzentrierten sich auf Menschenrechtsarbeit und ländliche Entwicklung. Ihre Arbeit war von Anfang an von deutschen und anderen europäischen Hilfswerken unterstützt worden. Mit der Ausfächerung der einheimischen Organisationen erweiterte sich auch der Charakter der Projekte, die aus dem Ausland unterstützt werden konnten. Angesichts der minimalen Zahl an Christen und der zeitweiligen opportunistischen Haltung einiger christlicher Kirchen im buddhistischen Thailand unterstützten auch deutsche kirchliche Hilfswerke im Verhältnis wesentlich mehr nicht-konfessionell gebundene als christliche Entwicklungsprogramme. Mit dem Ende des bewaffneten Kampfes der thailändischen Untergrundbewegung Anfang der 80er Jahre und der Aufgabe des sozialistischen Entwicklungsweges in den Nachbarländern begannen die einheimischen NROs politisch deutlicher Farbe zu zeigen. Sie haben – seit dem Blutbad der Militärs vom Jahr 1992 – eine Art Stellvertreter-Position der außerparlamentarischen demokratischen Bewegung angenommen. Als Folge davon werden die ausländischen Hilfsorganisationen, die sich in Thailand mit finanzieller Unterstützung engagieren, von einheimischen Partnern immer deutlicher zum politischen Engagement herausgefordert.

Die Träger der "sozialen Bewegung" in Thailand werden damit zunehmend zur Zielscheibe reformunwilliger oder reaktionärer Kräfte des Landes. Diese haben seit dem militanten Widerstand gegen den von der Weltbank geförderten Pak Mun-Damm eine Kampagne gegen die einheimischen NROs angezettelt und sie beschuldigt, Handlanger ausländischer Hilfswerke zu sein, die Thailand zugunsten wirtschaftlicher und politischer Interessen der reichen Industrienationen destabilisieren wollten.

Die vier Länderbeispiele erheben keinen Anspruch auf Vollständigkeit. Burma, Laos und Vietnam wurden nur beiläufig erwähnt. Im Stadtstaat Singapur, im ölfreie Sultanat Brunei und in Malaysia engagieren sich deutsche Hilfswerke fast oder überhaupt nicht.

Ziehen Staat und Hilfswerke am gleichen Strang?

Da private Hilfswerke keine wirtschaftlichen Interessen verfolgen, sind sie freier: Sie sind nicht zur Zusammenarbeit mit den Regierungen der jeweiligen Länder, schon gar nicht mit der Bundesregierung gezwungen. In Südostasien kann von einer gleichgerichteten Politik nicht die Rede sein.

In Indonesien, wo sich die regionalen deutschen Wirtschaftsinteressen am stärksten äußern, sind deutsche Hilfswerke im Vergleich zur Größe und zur Armut des Landes wenig aktiv, wenn man einmal von der Unterstützung kirchlicher Hilfswerke für Sozialprogramme der Partnerkirchen absieht. In Indochina hingegen, wo bis vor kurzem die Bundesregierung fast keinen Pfennig beisteuerte, sind deutsche Hilfswerke die ganzen Jahre seit der Etablierung sozialistischer Regime finanziell beteiligt.

Es gibt genügend Fälle, in denen deutsche Hilfsorganisationen der staatlichen Entwicklungshilfe diametral entgegenarbeiteten. In der Marcos-Ära beteiligte sich die Bundesregierung an der Modernisierung und Infrastruktur-Entwicklung des Hafengebiets von Tondo in der philippinischen Hauptstadt Manila, während deutsche Hilfsorganisationen die Organisation des Widerstands der dortigen Slumbevölkerung gegen Zwangsräumungen unterstützten. Einige Hilfswerke nahmen ähnliche Positionen wie Solidaritätsgruppen ein. Die thailändische Pharma-Kampagne, die sich mit deutschen Pharma-Multis anlegte und die gegen Versuche der EG (ebenso wie der USA) auf Schutz der ausländischen Arzneimittel-Patente die Öffentlichkeit mobilisierte, war von deutschen Hilfswerken unterstützt.

Wo der Staat durch das BMZ private Hilfswerke für Projekte in Südostasien durch Ko-Finanzierungen unterstützt, gibt es zwar offensichtliche Überschneidungen. Diese recht schmale Zone endet spätestens dann, wenn der einheimische Projektpartner zur bekämpften Opposition zählt. Denn bei allen vom BMZ geförderten Projekten hat das Außenministerium, über die deutsche Botschaft im jeweiligen Land, Einspruchsmöglichkeiten, die von der politischen Opportunität bestimmt sind. Hilfswerke,

deren Budget sich zu einem beträchtlichen Anteil aus staatlichen Mitteln zusammensetzt, stehen dazu unter dem – teils selbst auferlegten – Zwang, ihre Kritik an der staatlichen Entwicklungspolitik zu zügeln, um sich nicht die Liebe des BMZ zu verscherzen.

Weiterhin gibt es Überschneidungen mit dem Staat dadurch, daß die großen Hilfswerke über Vorstände, Aufsichtsräte, Synoden und dergleichen häufig eng in die politische Struktur der Bundesrepublik eingebunden sind. Sie sind deshalb nicht so unabhängig vom Staat, wie dies die angestellten Mitarbeiter/innen manchmal gerne hätten. Kleine Organisationen haben in der Regel mehr Freiheiten und können auch offen einen alternativen Entwicklungsweg propagieren.

Die Nähe zur staatlichen Entwicklungspolitik äußert sich am deutlichsten bei den meisten politischen Stiftungen, die in den Ländern, wo sie aktiv sind und Büros unterhalten, auch an die dortige Regierung vertraglich gebunden sind. Ihre botschafterähnliche Funktion bringt sie vor allem in autoritär regierten Ländern in ihrer faktischen Wirkung in die unmittelbare Nähe des politischen Establishments. Ihre Rolle ist mitunter direkt kontraproduktiv zu dem verbalen Ziel, mehr Demokratie und Gerechtigkeit zu befördern.

Kritik an den deutschen Hilfswerken

Es gab Zeiten in der politischen Debatte in Deutschland, vor mehr als 20 Jahren, als jede Entwicklungshilfe, also auch die der bürgerlichen Hilfswerke, als Instrument der Bekämpfung revolutionärer oder emanzipatorischer Bewegungen in der Dritten Welt verurteilt wurde. Die abgekoppelten Länder, die sich vom ausländischen Geld nicht beeinflussen



Ausbildungslager der NPA auf den Philippinen – Waffen- und Ausbildungshilfe an Befreiungsorganisationen als konsequente Hilfe für "strukturelle Veränderung"? Foto: G. Körte

ließen und allein und unabhängig ihren Entwicklungsweg antraten, galten als das Ideal.

Nach vielerlei politischen Erfahrungen, angefangen von den Mißerfolgen bzw. Katastrophen in Ländern wie Nord-Korea und Kambodscha unter den Roten Khmer bis hin zum Run der sozialistischen Länder auf die Gelder des Internationalen Währungsfonds, ist es still um diese Argumente geworden.

Hinzu kommt, daß sich die Orientierung und der Arbeitsstil der Hilfsorganisationen durch die Kritik und durch die Praxis mit den armen Ländern verändert und auch reformiert hat. Viele deutsche Organisationen, die ursprünglich angetreten waren, um den Hunger zu stillen und in deren Namen noch der karitative Bezug der Gründerzeit klingt, konzentrieren sich heute eher auf die Bekämpfung der Ursachen des Hungers, der Ausbeutung und Unterentwicklung.

Es gibt zwar in Indien politische Kräfte der Linken, die keine ausländische Hilfe annehmen, um ihre Unabhängigkeit zu erhalten. In Südostasien gab es aber – abgesehen vom Kambodscha der Roten Khmer – in den letzten 15 Jahren keine wichtigere politische Gruppierung, die diese Argumentation so grundsätzlich vertreten hätte. Im Gegenteil: In einigen Ländern wie etwa den Philippinen nimmt die materielle Unterstützung der sozialen Bewegung aus dem Ausland bedrohliche Ausmaße an – selbst für die Hilfswerke. Auch in anderen Ländern sind warnende Stimmen über eine zu starke Abhängigkeit zu vernehmen. Die radikale Studentengeneration im heutigen Indonesien, die von Revolution träumt, wirft den etablierten einheimischen NROs vor, die Armut des Landes zu verkaufen, um sich mit Entwicklungsgeldern zu nähren. Versuche thailändischer NROs, Einnahmequellen im Lande zu eröffnen, lokale Spenden zu sammeln oder auf andere Weise von ausländischen Geldgebern unabhängig zu werden, sind bislang nur begrenzt erfolgreich gewesen.

Einseitigkeit der Partnerschaft

Was heute in Südostasien an grundsätzlicher Kritik vor allem geblieben ist, betrifft die Einseitigkeit der Partnerschaft. Der Ruf nach Partnerschaft, der von Hilfswerken stets aufs neue propagiert wird, ist schwer zu verwirklichen. Konservative oder nationalistisch gestimmte einheimische Projektpartner, die mit dem Konzept internationaler Partnerschaft wenig anfangen können oder auch keine politischen Ziele haben, interessieren sich ohnehin nur für die materielle Unterstützung.

Geld ist darüber hinaus das ungeeigneteste Medium, um Partnerschaft entstehen zu lassen. Allen Bemühungen

zum Trotz, dieses Verhältnis zu verbessern, läßt sich das Faktum schwer aus der Welt schaffen, daß die Vertreter der reichen Länder, so auch deren Hilfswerke, über das Geld verfügen, während die Vertreter der armen Länder, die sogenannten Projektpartner, auf dem sehr kleinen Markt der "Hilfswerke" darum kämpfen müssen und sich möglichst ihre Beziehungen zu den Hilfswerken nicht verscherzen dürfen. Bei manchen Hilfswerken tritt das Interesse an der inhaltlichen Seite der Projektarbeit vor dem Erfordernis nach formalen Projektentwicklungen einschließlich einwandfreier Abrechnungen in den Hintergrund.

Einflußnahme und Intervention

Ausländische Hilfswerke beeinflussen auch die thematische Schwerpunktbildung, weil ihr Geld die Prioritäten verstärkt, die sich nicht aus der sozialen Dynamik des Landes allein bzw. nicht so schnell entwickelt hätten. Ohne die Bereitschaft eines deutschen Hilfswerks, die Finanzierung zu sichern, wäre das erste Zentrum zum Schutz von Kindern gegen ausbeutende Arbeitsbedingungen in Thailand bestimmt nicht schon im Jahr 1981 gegründet worden. Die deutschen Hilfswerke und die staatlichen Geldgeber, die von der europäischen Frauenbewegung sensibilisiert wurden, haben zweifellos dazu beigetragen, daß Organisationen von Frauen in Südostasien mehr Ressourcen hatten, um sich weiterzuentwickeln und sich zu artikulieren. Ähnlich verhält es sich mit dem Umweltschutz und der Bekämpfung der Ausbreitung von AIDS. Ob es für Hilfswerke gerechtfertigt ist, mit ihren eigenen Vorstellungen Schwerpunkte in den jeweiligen Ländern zu setzen, war in mehreren Hilfsorganisationen für längere Jahre Thema einer größeren Debatte, die noch nicht abgeschlossen ist.

Es ist nicht zu bestreiten, daß auch Unterstützungsleistungen privater Hilfswerke im Ausland einen Eingriff in den gesellschaftlichen Prozeß der jeweiligen Länder darstellen. Das Gleiche gilt aber in noch viel weitreichenderem Umfang für die staatliche "Entwicklungshilfe", von der privatwirtschaftlichen Zusammenarbeit ganz zu schweigen. Wenn man davon ausgeht, daß primäre Adressaten staatlicher Entwicklungshilfe die Regierungen sind und privatwirtschaftliche Mittel vor allem die einheimische Wirtschaftsstruktur stützen, stellt die Intervention privater Hilfswerke nur ein winziges Korrektiv gegen die Erhaltung ungerechter sozialer Strukturen dar. Sofern ihre einheimischen Partner entwicklungsorientierte NROs oder People's Organisations sind, ist die "Hilfe" ein Beitrag zu soziostruktureller Veränderung.

Zukunft deutscher Hilfswerke in Südostasien

Im internationalen Vergleich liegt der finanzielle Beitrag, den europäische private Hilfswerke in Südostasien leisten, zweifellos an erster Stelle, vor den USA und Japan. Unter den europäischen Organisationen spielen die deutschen eine der wichtigsten Rollen, wobei das Finanzvolumen der kirchlichen Hilfswerke an der Spitze steht.

Projektgruppen, NROs und People's Organisations in Südostasien fragen sich seit wenigen Jahren besorgt, ob die internationale Hilfe langfristig versiegen wird. Die neuen Problemländer, die seit dem Zusammenbruch der Sowjetunion nach internationaler Unterstützung suchen, so fürchten sie, könnten bisherige Hilfe für Südostasien vermindern. Besonders die deutschen Hilfswerke könnten sich stärker im europäischen Osten engagieren.

Dies mag zwar für die staatliche Entwicklungshilfe zutreffen, für die privaten und kirchlichen Hilfswerke ist diese Tendenz nicht deutlich. Erkennbar ist allerdings eine Schwergewichtsverschiebung der materiellen Unterstützung innerhalb Südostasiens.

Projekte politischer Schulung und Organisation auf den Philippinen werden genauso wie die üblichen Dorfentwicklungsprogramme in Thailand voraussichtlich geringer berücksichtigt werden. Die ständig wachsenden Budget-Ansprüche der Projektpartner in beiden Ländern übersteigen bei weitem auch das Finanzierungsvermögen westlicher Hilfsorganisationen. Die Länder Indochinas und später Burma werden künftig wohl besser versorgt werden. Darüber hinaus wird bei den Hilfswerken eine Tendenz zur stärkeren Unterstützung regionaler Netzwerke der entwicklungspolitischen Gruppen in Südostasien bzw. ganz Asien erkennbar, wo gemeinsame Strategien bei der Durchsetzung von Menschenrechten, einschließlich Rechten von Frauen und Kindern, und bei der Erhaltung der Umwelt entwickelt werden. Gleichzeitig ist die verstärkte Unterstützung von Training und Fortbildung zu beobachten, die eine zunehmende Tendenz zum Professionalismus beinhaltet. Fertige politische Konzepte sind nicht mehr "in".

Ob das Ende der "Dritten Welt" auch das Ende der materiellen Hilfe in Südostasien einläutet, ist aber noch nicht ausgemacht.

Regina von Reuben

Die Autorin lebt und arbeitet in Bangkok und ist freie Mitarbeiterin der Südostasien Informationsstelle.